

07.03.2015 - Leserbrief Charlie Hebdo SoZ 02/2015

**Betr.: Artikel von Sophia Deeg auf Seite 3, von Shlomo Sand auf Seite 4, von Angela Klein auf Seite 2**

von Winfried Czeyka

Ausgehend von der sicherlich zutreffenden Feststellung, dass es die langjährige Praxis der Wochenzeitung Charlie Hebdo ist, "von Muslimen als beleidigend empfundene Karikaturen zu bringen" (In der SoZ vom Februar 2015, im Artikel *kennzeichnet Sophia Deeg mit diesen Worten inhaltlich das, was sie als den Gegenstand einer Diskussionsrunde wahrnahm, die im Anschluss an den Abdruck der dänischen Mohammed-Karikaturen in Charlie Hebdo stattfand.*) thematisiert die Autorin den Rassismus in der französischen Gesellschaft. Mit ihrer Feststellung, dass "Muslime und Araber in Frankreich auf Schritt und Tritt rassistisch diskriminiert werden" (ebenda) hat sie Recht, und man möchte nur noch hinzufügen, dass Frankreich differenzierte Muster der Diskriminierung entwickelt hat, mit denen auch die Menschen, die in anderen Teilen des früheren französischen Kolonialreiches ihre Wurzeln haben, in jeweils spezifischer Weise rassistisch diskriminiert werden.

Die Autorin, die im Laufe ihrer Argumentation zustimmend die Ausführungen des Oxforder Philosophen Brian Klug übernimmt, betrachtet es im Anschluss an ihn nicht als mutige Entscheidung der Redakteure von Charlie Hebdo und der in Solidarität zu der angegriffenen Redaktion nun unter dem Motto "Je suis Charlie" demonstrierenden Menschen, "auf dieser grenzenlosen Freiheit der Parodie, Herabwürdigung, Respektlosigkeit ungeachtet der Konsequenzen zu bestehen." (ebenda) Ich unterstelle zu ihren Gunsten, dass sie bei der Übernahme der Ausführungen die Verkehrung der Opfer zu den Auslösern der Tat, die in der Begrifflichkeit "Konsequenzen" liegt, welche die Entscheidung zu den Morden in eine quasi unvermeidliche Folgewirkung der Karikaturen verwandelt, nicht ausreichend bedacht hat. Daher thematisiere ich die wesentlich gezogenen Schlussfolgerungen, die die Autorin selbst in den Vordergrund stellt: Aus der Ablehnung jeder möglichen Verletzung religiöser Gefühle schließt sie sich der Auffassung an, "dass es Grenzen ... gibt für das, was gesagt oder gedruckt werden kann." (ebenda)

Die Forderung nach einem Schutz der Gefühle Schutzbedürftiger ist ein Argumentationsmuster, das heute z.B. in der Pädagogik durchaus im Trend liegt. Galt es noch in der Zeit, als antiautoritäre Orientierungen vorherrschten, als Ideal, dass Konflikte auszutragen sind, damit sie in selbstbestimmten Lösungen aufgehoben werden können,

*so wird heute oftmals schon die verbale Konfrontation eines Individuums mit Forderungen und Ansprüchen eines anderen Individuums als grenzverletzend empfunden und zieht die Intervention eines Erziehers nach sich. Das Ziel des Erziehungsprozesses ist nicht mehr die klare argumentative Vertretung der eigenen Interessen und die als Resultat des Diskussionsprozesses erfahrbare Möglichkeit kollektiver Selbstbestimmung, sondern die Entwicklung von Einfühlungsvermögen in Andere bei jedem Einzelnen, wobei das Anders-Sein der Anderen bereits durch seine bloße Existenz gerechtfertigt ist. Ich bin ich und Du bist Du ? eine Diskussion über die gegenseitig abverlangte Selbstveränderung hin zu einem die Gemeinsamkeiten betonendem Wir gibt es nicht mehr. Die Pädagogik mit dem Ziel, Grenzen zu setzen, beschränkt daher nicht nur die Auseinandersetzung des Starken mit dem Schwachen (durch das fragwürdige Muster der Intervention von außen, bei der das autoritäre Muster der Konfliktbearbeitung auf der Ebene der Auseinandersetzung des Erziehers mit dem Starken wiederholt wird), sondern es schafft auch unhinterfragbaren Existenzraum für jede individuelle Besonderheit, der eben immer Respekt entgegenzubringen ist. Durch das ausgesprochen hohe Maß an Analogien sowohl auf der begrifflichen wie auch auf der methodischen Ebene sehe ich mich berechtigt, den von Deeg vertretenen Ansatz als einen pädagogischen Ansatz zu bezeichnen. Ob es allerdings solidarischen und emanzipatorischen Zielen dienen kann, eine ganze Bevölkerungsgruppe wie die Muslime nach den Regeln eines pädagogischen Ansatzes zu behandeln, möchte ich doch sehr bezweifeln ? meiner Meinung nach ist der Sache der Muslime einschließlich der von einer großen Mehrheit unter ihnen vertretenen Vorstellung, dass man den Propheten nicht abbilden darf, besser gedient, wenn ihnen ein fairer Raum eröffnet wird, in dem sie ihre religiösen Auffassungen und die daraus folgenden Regeln für das Zusammenleben im öffentlichen Raum argumentativ verteidigen können. Ob sich hierbei etwas finden lässt, das als öffentliche Verpflichtung über die gelegentliche Hinnahme von in der Lautstärke regulierten Kirchenglocken oder Muezzinrufen hinausgeht, kann nur der Diskussionsprozeß zeigen.*

Eine argumentative Verteidigung eines religiösen Verständnisses kann natürlich nicht einfach aus dem Hinweis bestehen, dass irgend eine Praxis eine lange Tradition hat oder in dieser oder jener heiligen Schrift von den Gläubigen verlangt wird. Das, was dem einen als Offenbarung des göttlichen Willens erscheint, muss dem anderen, der gar nicht an das Erkenntnisprinzip der Offenbarung glaubt, als eine Beleidigung des freien menschlichen Willens und eine Verhöhnung des Erkenntnisvermögens des menschlichen Verstandes erscheinen. Dem nächsten, der vielleicht an andere Offenbarungen glaubt, erscheinen der Glaube und die religiöse Praxis des einen Gläubigen vielleicht als

Respektlosigkeit gegenüber dem Willen des eigenen Gottes. Daher kann es meiner Meinung nach auch keinen staatlich einzufordernden Respekt gegenüber den religiösen Überzeugungen dieser oder jener Religion geben ? jede staatliche Schutzvorschrift und die damit verbundene Anerkennung einer religiösen Regel muss den nicht an diese Religion glaubenden Staatsbürgern als eine Schmäherung des eigenen Erkenntnisvermögens und eine Herabwürdigung ihrer Selbstbestimmung bzw. Herabwürdigung ihres eigenen Gottes erscheinen. Gott ist Privatsache ? diese Erkenntnis der Moderne steht im Widerspruch insbesondere zu dem im Wesen jeder monotheistischen Religion angelegten Versuch, eine universelle Moral aufzubauen. Die staatlich garantierte Religionsfreiheit kann in einer Gesellschaft, die eine Vielfalt verschiedener und gegensätzlicher religiöser Überzeugungen aufweist, nur das Recht erwachsener Menschen sein, sich selbst aus religiösen Gründen Regeln aufzuerlegen, die ansonsten nicht gelten. Dort, wo ein sich selbst als religiös verstehendes Verhalten die Grenzen einer privaten Selbstbeschränkung übersteigt und die Rechte anderer Menschen verletzt werden, wird in der Bundesrepublik die Religionsfreiheit eingeschränkt: Sichtbar wird dies beispielsweise in dem Verbot von Kindergärten der Scientology-Church oder in der staatlichen Hinwegsetzung über die verweigerte elterliche Zustimmung von Zeugen Jehovas zu lebensrettenden Operationen an ihren Kindern. Von einer Sozialistischen Zeitung wünsche ich mir, dass das Recht auf Religionsfreiheit im Sinne einer Freiheit von Religion noch in weiteren Zusammenhängen eingefordert wird, beispielsweise bei dem noch bestehenden Verbot von fröhlichen Feiern am Karfreitag oder bei dem derzeitigen Recht für einen erziehungsberechtigten Elternteil, ein nicht religionsmündiges Kind auch gegen den Willen des anderen Elternteils in eine Kirche oder Sekte einzuführen. Das von Deeg geforderte Nachdenken über das, was über Religion gesagt und gedruckt werden darf, führt in eine völlig falsche Richtung; es war schließlich eine Initiative der drei großen monotheistischen Religionen in Deutschland, die gemeinsam eine Beleidigung ihrer religiösen Empfindungen unter Strafe gestellt sehen wollten. Das läuft auf ein Verbot von Religionskritik hinaus!

In der selben SoZ macht Shlomo Sand darauf aufmerksam, dass es ein grundlegender Unterschied ist, "ob man eine in einer Gesellschaft dominierende Religion oder einen vorherrschenden Glauben attackiert oder ob man gegen die Religion einer beherrschten Minderheit hetzt." (Shlomo Sand, ) *Natürlich ist das ein Unterschied, aber mir ist nicht so ganz klar, was dieser Unterschied uns in einer globalisierten Welt, in der es möglich ist, weltweit auf offensichtlich von arabischen Gegnern des Islamischen Staates publizierte Karikaturen und Videos zuzugreifen, sagen will. Soll es darauf ankommen, wo der Internet-Aktivist lebt oder welche Sprache er spricht oder von wo aus seine Seite am*

*häufigsten aufgerufen wird? Zudem finde ich, dass differenziert werden muss zwischen Religionskritik, religiöser Hetze und Hetze gegen den Terrorismus fördernde Religionsauslegungen. Sand konkretisiert die von ihm geltend gemachten Unterschiede und führt aus, in Frankreich oder Dänemark, Deutschland oder Spanien sei "die größtmögliche Vorsicht bei der Kritik am Islam angebracht, der vor allem nicht in vulgärer Weise lächerlich gemacht werden darf." (ebenda) Auch damit hat er nicht so ganz unrecht. Eigentlich ist in Deutschland schon lange größtmögliche Vorsicht bei der Ausgestaltung der Lebensbedingungen muslimischer Emigranten angesagt, die gute Argumente zum Nachweis ihrer rassistischen Diskriminierung anführen können und inzwischen eine deutliche Neigung zeigen, auch bei geringer religiöser Vorprägung im Elternhaus die islamistischen Zuschreibungen aus der deutschen Mehrheitsgesellschaft für sich zu übernehmen und als positives Identifikationsmerkmal anzuwenden. Das ist der Skandal, dass die religiösen Identifikationsmuster ebenso wie die Sympathien mit der Terror erst in Mitteleuropa und durch die Mehrheitsgesellschaft geschaffen werden. Nun, wo die Religion als Identifikationsmuster dabei ist, sich zu etablieren, gilt es um so mehr, in Kommunikation mit den Muslimen zu kommen, die ihre gesellschaftliche Ausgrenzung durch Selbstabgrenzung vervollständigen. Die Muslime sind sowohl in der Kommunikation wie auch materiell hinsichtlich ihrer Lebenschancen mit Achtung zu behandeln ? dem steht gegenüber, dass die von ihnen angenommenen religiösen Überzeugungen leicht einige verächtliche Züge aufweisen können. Achtung vor den Menschen und klare Benennung, wo die Ideologie verächtlich wird ? diese kommunikative Gratwanderung muss geleistet werden. Es geht also in Deutschland unter Beachtung der hier gegebenen Situation nicht unbedingt darum, dass wir "gemeinsam, Atheisten und Gläubige, wirkliche Perspektiven des Zusammenlebens ohne Hass auf den Anderen entwickeln." (ebenda) Da hier die Orientierung auf die Religion ja gerade erst im Abgrenzungsprozess gegenüber der Mehrheitsgesellschaft entsteht, die ihrerseits keine starken religiösen Orientierungen aufweist, würde ich eine Zielbestimmung vorziehen, die davon spricht, gemeinsam ohne Beachtung eines religiösen Bekenntnisses wirkliche Perspektiven des Zusammenlebens ohne Hass auf Andere zu entwickeln.*

*Ebenfalls in der selben SoZ weist Angela Klein auf die klar zutage tretende koloniale Überheblichkeit hin, die das republikanische Frankreich schon immer im Gepäck hatte. (Angela Klein, ) Gut ist ihre Analyse europäischer Politiker, die staatlichen Rassismus gern gestützt auf eine entsprechende Stimmung in der Bevölkerung praktizieren und doch entsetzt aufschreien, wenn die Bevölkerung ihrer rassistischen Stimmung vorbei an den etablierten Parteien Geltung verschafft. Und dann schiebt die Autorin doch wieder unangebrachte Idealisierungen ein. "Die Attentäter, zweifellos Terroristen, rannten gegen*

*Europas Abschottungspolitik nach innen und nach außen an, gegen die Ghettoisierung nichtweißer Europäer in den Vorstädten und gegen die Zerstörungen, die der Westen zum Fortbestand seiner Hegemonie auf den Weltmärkten militärisch und ökonomisch in ihren Herkunftsländern anrichtet." (ebenda) Weniger wäre mehr gewesen, denn das Satzende stimmt ja wieder. Aber es will mir nicht in den Kopf, dass Anhänger des Islamischen Staates, der sich in seinen Gebieten ja selbst abschottet, etwas gegen Europas Abschottungspolitik haben sollen. Die Ghettoisierung, die die Terroristen sicherlich erlitten haben, hat psychologisch höchstwahrscheinlich zu ihrer Abwendung von der französischen Kultur und zur Identifikation mit dem Islamismus beigetragen? aber dort, wo die islamistische Ideologie sich verfestigt hat, findet doch kein Anrennen gegen die Ghettoisierung mehr statt. Ich bin mir sicher, dass eine europäische Politik, die die Unterdrückung abhängiger Länder, die Abschottung der Metropolen nach außen und die sozialen Gründe für die innere Ghettoisierung beendet, zugleich auch dem Islamismus seinen heute bestehenden Zuspruch von Sympathisanten entziehen würde? aber die islamistischen Aktivisten würden weiter aus ideologischen Gründen bei der Strategie des Terrors bleiben, denn ihr Ziel ist nicht eine gerechte Weltordnung, sondern eine islamistische Weltordnung.*

*Ich entschuldige mich dafür, dass es mir nicht gelungen ist, in einer kürzeren Form das aus meiner Sicht an einer sozialistischen Zielsetzung vorbeigehende, beschönigende und unrealistische in der Berichterstattung der SoZ zu der jüngsten Terrorwelle in Frankreich zu benennen.*